

Fachinformationen Schule, Kinder und Jugend Nr. 03/2010 SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen Sie mit diesen Fachinformationen zu Themen der Schul- sowie Kinder- und Jugendpolitik auf dem Laufenden halten und ihnen einen Überblick über aktuelle Entwicklungen verschaffen. Dies ist ein Service der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Wir freuen uns natürlich auch über Informationen von Ihnen!

Inhalt dieser Ausgabe:

- **SPD fordert: Theodor-Litt-Schule soll 5. Bonner Gesamtschule werden – Schulkonferenz hat Umwandlungsantrag beschlossen**
- **Schulbezirke**
SPD: Integration kann nur in Wohnortnähe funktionieren
Wiedereinführung der Schulbezirke wäre mit neuer Landesregierung möglich gewesen
- **U3-Betreuung**
 - **SPD unterstützt Pläne der Uni Bonn – Neue Kita „Auf dem Hügel“ als Kooperationsprojekt?**
 - **U3-Ausbauplanungen der Stadt sind lobenswert – aber nicht ausreichend**
- **Elternbeiträge**
Fehlende Bescheide – SPD hat nachgefragt: Verwaltung bietet Ratenzahlungen an
- **Missbrauchs-Opfer vom Ako berichten im Schulausschuss**

SPD fordert: Theodor-Litt-Schule soll 5. Bonner Gesamtschule werden – Schulkonferenz hat Umwandlungsantrag beschlossen

„Wir freuen uns, dass die Schulkonferenz der Theodor-Litt-Schule am 28. September den Umwandlungsantrag in eine Gesamtschule beschlossen hat. Für uns ist es nun mehr als logisch zu beantragen, dass die Theodor-Litt-Schule zum Schuljahr 2011/2012 vierzügige Gesamtschule wird – Bonns 5. Gesamtschule; und das Ganze natürlich mit den entsprechenden räumlichen Voraussetzungen“, erklärt Gieslind Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. „Eine Elternbefragung der Viertklässler, um den aktuellen Bedarf für weitere Gesamtschulplätze für das Schuljahr 2011/12 festzustellen, wie es das Schulgesetz des Landes NRW fordert, haben wir bereits beantragt.“

„Es darf keine unnötige Verzögerung geben. Das würde den Start der neuen Gesamtschule zum kommenden Schuljahr gefährden. Das darf nicht passieren! Wir wollen und müssen dem Elternwillen nach längerem gemeinsamen Lernen gerecht werden“, betont Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Alle Jahre wieder werden Kinder an Bonner Gesamtschulen abgewiesen. Im vergangenen Schuljahr waren 420 Kinder betroffen, die an der Schulform ihrer Wahl keinen Platz fanden. „Wir setzen darauf, dass es die anderen Ratsfraktionen ernst meinen, wenn sie – wie unlängst in einem interfraktionellen Gespräch – betonen, dass man den Elternwillen in Bonn respektiere“, so die beiden Sozialdemokraten.

Die Theodor-Litt-Schule

Um die Zustimmung für längeres gemeinsames Lernen in den Ratsgremien auf breitere Akzeptanz zu stellen – gerade vor dem Hintergrund, dass sich die alte Landesregierung von CDU und FDP weigerte, weitere vollwertige Gesamtschulen zuzulassen - wurde u.a. auf Initiative der SPD und der damaligen Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann das Bonner Modell der Sekundarschule entwickelt und 2007 beschlossen. Für dieses Modell hatte sich die Theodor-Litt-Schule beworben und war mit den Schwerpunkten Spanisch und Technik als Projektschule eingestiegen. Als die derzeitige schwarz-grüne Ratsmehrheit den versprochenen Ausbau mit den entsprechenden Räumlichkeiten auch für den naturwissenschaftlichen Bereich aussetzte, war das Ende dieses Bonner Modells besiegelt. „Es wäre eine Verschwendung von Ressourcen, wenn man das Engagement einer Schule und ihre für Bonner Schülerinnen und Schüler gute Erreichbarkeit nicht nutzen würde, um dem Elternwillen nach längerem gemeinsamen Lernen in einer Gesamtschule zu entsprechen,“ bekräftigen Klein und Grenz.

Schulbezirke

SPD: Integration kann nur in Wohnortnähe funktionieren

Wiedereinführung der Schulbezirke wäre mit neuer Landesregierung möglich gewesen

„Die Grundschule ist in Deutschland die einzige *gemeinsame Schule für alle Kinder*. Schulbezirke stellen sicher, dass alle Kinder wohnortnah und unabhängig von sozialer Herkunft und Konfession gemeinsam unterrichtet werden“, betont Gieslind Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Die neue rot-grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass das Thema Schulbezirke erneut angegangen wird. Die SPD hatte daher beantragt, dass die Stadt Bonn, sobald in Düsseldorf die rechtliche Grundlage für die Wiedereinführung der Schulbezirke gelegt sind, davon auch Gebrauch machen sollte.

„Leider sahen das die anderen Fraktionen im Schulausschuss anders und haben den Antrag abgelehnt. Das ist mehr als schade. Denn Integration kann nur in Wohnortnähe funktionieren. Kinder sind in ihrem direkten Umfeld sozialisiert. Dort, wo sie im Kindergarten waren, wo ihre Sportvereine sind und ihre Spielkameraden. Das alles fällt unter das große Stichwort Sozialraum-Orientierung. Die Abschaffung der Schulbezirke durch die vergangene schwarz-gelbe Landesregierung widerspricht jeglichem Gedanken der Integration und des Gemeinnsinns. Wir wollten dem Grundschul-Tourismus ein Ende setzen“, erläutert Grenz. „Wir wollten Segregation verhindern, Schwarz-Grün legt darauf leider keinen gesteigerten Wert. Wir werden dennoch weiterhin für das Projekt Inklusion streiten.“

U3-Betreuung

SPD unterstützt Pläne der Uni Bonn – Neue Kita „Auf dem Hügel“ als Kooperationsprojekt?

Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren und im Rechtsanspruchsalter wird in Bonn weiter steigen. „Wir sehen einen besonderen Bedarf im Bereich Poppelsdorf und Endenich – nicht zuletzt wegen des dort entstehenden Campus“, erklären Dörthe Ewald und Sascha Krieger, die beiden Jugendpolitiker der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. „Wir unterstützen daher die Universität Bonn und deren Pläne für den Neubau einer Kindertageseinrichtung Auf dem Hügel ausdrücklich.“

Über den Stand der Beratung wollen sich die beiden Sozialdemokraten am 21. September im Rahmen der anstehenden Sitzung des Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie informieren lassen. „Wir müssen deutlich mehr tun als bisher, um die Bedingungen zur Kindertagesbetreuung in Bonn weiter zu verbessern. Das Angebot soll sich nicht nur auf Studierende und Angestellte der Universität Bonn beschränken, sondern auch offen für andere Bonner Kinder sein. Wir können uns in diesem Zusammenhang auch eine Kooperation zwischen der Stadt Bonn und der Universität Bonn vorstellen“, so Ewald und Krieger.

U3-Ausbauplanungen der Stadt sind lobenswert – aber nicht ausreichend

„Die Verwaltung plant, bis zum Kindergartenjahr 2013/2014 für 35% der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsangebot bereit zu stellen. Diese Pläne sind wichtig und notwendig, aber nicht ausreichend“, so Dörthe Ewald, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

In der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am gestrigen Dienstag stellte die Verwaltung in erster Lesung den Kindertagesstättenbedarfsplan und den Ausbaubedarf bis zum Jahr 2013/2014 vor. „Wir glauben, dass die Verwaltung und der Oberbürgermeister alles tun werden, um das Angebot zu verbessern. Wir wissen aber auch, dass der Bedarf deutlich über 35% liegen wird“, erläutert Ewald.

Die SPD will den Kindertagesstättenbedarfsplan in den nächsten Wochen intensiv diskutieren und auf den Bedarf in den Stadtteilen hin prüfen. „Es reicht im Zweifel nicht aus, bestehende Kindergartengruppen für Kinder ab 2 Jahren zu öffnen“, ergänzt Sascha Krieger, sachkundiger Bürger der SPD im Ausschuss. „Es müssen mehr Angebote auch für Kinder unter 2 Jahren geschaffen werden. Hier müssen alle Träger in die Pflicht genommen werden. Spätestens nach dem Auslaufen des Elterngeldes werden mehr Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind brauchen.“

Fehlende Bescheide über Elternbeiträge – SPD hat nachgefragt: Verwaltung bietet Ratenzahlungen an

Zum laufenden Kindergarten- und Schuljahr ist eine neue, systemübergreifende Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtung und in der Offenen Ganztagsgrundschule in Kraft getreten. Bei der Umstellung kam es nach Auskunft der Verwaltung in rund einem Viertel der Fälle jedoch dazu, dass erst verspätet Beitragsbescheide erstellt werden konnten bzw. können.

„Eltern, die von dieser Umstellungspanne betroffen sind, müssen die Elternbeiträge natürlich nachzahlen. Diese werden normalerweise monatlich abgerechnet. Das heißt, da kann auf einige Familien ein Bescheid über einen schönen Batzen Geld zukommen. Wir

haben im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie dazu eine Anfrage gestellt, weil wir wissen wollten, ob Ratenzahlung möglich ist“, erklärt Dörthe Ewald, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

„Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass eine Ratenzahlung möglich ist, sofern Eltern die Summe nicht sofort aufbringen können“, berichtet Sascha Krieger, sachkundiger Bürger der SPD im Ausschuss. Die Verwaltung werde dies wohlwollend prüfen. Wermutstropfen bleibe jedoch, dass die Verwaltung nicht von sich aus darauf aufmerksam mache, sondern Eltern danach fragen müssten.

Missbrauchs-Opfer vom Ako berichten im Schulausschuss

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass dem „Eckigen Tisch“, dem Zusammenschluss der Missbrauchsoffer von allen deutschen Jesuitenkollegs, in der vergangenen Sitzung des Schulausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde“, so Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

In der vorherigen Ausschusssitzung hatten Vertreter des Ako bereits über die Missbrauchsfälle und die bisher ergriffenen Maßnahmen berichtet. Bisher durften die Betroffenen selbst an gleicher Stelle nicht offiziell dazu sprechen. „Der Respekt gegenüber den Betroffenen gebietet es, sie zu Wort kommen zu lassen, um über ihre Erfahrungen - auch mit dem Träger der Schule - berichten zu dürfen. Wenn sie es denn wünschen“, betont Dörthe Ewald, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Interessant finden wir, dass beim zweiten bundesweiten Eckigen Tisch in Berlin kein Vertreter des Ako anwesend war. Das ist nicht nachvollziehbar. Denn alle anderen deutschen Jesuitenkollegs haben Repräsentanten dorthin entsendet“, so Grenz und Ewald abschließend. „Insgesamt sind wir sehr befremdet über die Informationspolitik des Ako auch bezüglich der Entwicklungen im AKO Pro. Wir hätten uns eine transparentere Zusammenarbeit gewünscht.“

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und würden Sie auch in Zukunft gerne mit Informationen versorgen. Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen natürlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Gieslint Grenz
schulpolitische Sprecherin



Dörthe Ewald
kinder- und familienpolitische Sprecherin

Ansprechpartnerinnen:

Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn,
Telefon: 0228/341991; E-Mail: Grenz-Bonn@t-online.de

Dörthe Ewald, kinder- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Telefon: 0228/264220; E-Mail: doerthe.ewald@web.de